Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Chefredacteur: Carl Oehlmann in Halle S.
Sprechstunde auf der Redaktion 11—1 Uhr.
[Fernsprecher: Redaktion Nr. 1344. — Expedition Nr. 176.]

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Hallemit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 146. Halle a. d. Saale, **Mittwoch, den 28. März** **1900.**

Die neuen Seemannsgesetze.

Vier Vorlagen, welche die rechtlichen Verhältnisse der Seeleute auf eine neue Grundlage stellen sollen, sind am Montag im Reichstag zur ersten Berathung gelangt: Der Entwurf einer neuen Seemannsordnung, eines Gesetzes über die Verpflichtung der Kauffahrteischiffe zur Mitnahme heimzuschaffender Seeleute, eines Gesetzes über die Stellenvermittlung für Seeleute und schließlich eine Novelle zu den seerechtlichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches. Die wirthschaftliche Entwicklung, die seit der Gründung des Reiches sich auf allen Gebieten bemerkbar und so weitgehende Rechtsveränderungen allerwärts nothwendig gemacht, hat auch den Beruf des Seemanns in Mitleidenschaft gezogen.

Am 27. Dezember 1872 ist das Hauptgesetz, die geltende Seemannsordnung, erlassen worden. Die Kopfzahl der Bemannung der deutschen Handelsschiffe belief sich auf 40,239 Köpfe; diese vertheilten sich auf 216 Dampfer und 4311 Segelschiffe, eine Flotte von einem Raumgehalt von 999,185 Registertons. Die Zahl der Segelschiffe hat sich bis zum Jahre 1899 fast auf die Hälfte, auf 2489, vermindert; die Zahl der Dampfschiffe ist fast um das Sechsfache, auf 1223, gestiegen; zugleich ist die Durchschnittsgröße der Schiffe erheblich gewachsen. Im Jahre 1873 gab es nur 76 Schiffe von mehr als 1000 Registertons Netto-Raumgehalt, jetzt beträgt deren Zahl fast das Zehnfache. Die Zahl der Registertons betrug 1899 nahezu doppelt so viel als 1873 — und die Kopfzahl der Schiffsmannschaft vermehrte sich nur um etwa 3000 auf 43,144. Die Zunahme der Größe der Schiffe, die Verwendung von Maschinen, und zwar nicht nur zur Fortbewegung der Schiffe, sondern auch zur Ausführung zahlreicher Schiffsarbeiten, insbesondere auf Segelschiffen, hatten ermöglicht, mit einer nur wenig verstärkten Schiffsmannschaft eine doppelt so tragfähige Handelsflotte zu betreiben.

Das konnte nur geschehen unter wesentlichen Veränderungen der früheren Betriebsformen; der Schiffsdienst änderte sich wesentlich; das Maschinen- und Bedienungspersonal schwoll an; der Bedarf an eigentlichem seemännischem Personal verringerte sich. Mit der Größe der Schiffe und der Verstärkung der Dampferflotte vermehrten sich zugleich die regelmäßigen Linien. Die sogenannte „wilde Schiffahrt" ging zurück. Damit verschoben sich die Vertrags- und Lohnverhältnisse der Seeleute und die früheren sozialen und disciplinaren Verhältnisse. Die Revision der Rechtsverhältnisse der Seeleute kam in Fluß; zahlreiche seemännische Korporationen wandten dieser Frage ihr Interesse zu; von Reichs wegen wurde mit den auf solche Weise zustande gekommenen Unterlagen die „Technische Kommission für Seeschiffahrt" befaßt, und von dieser Kommission unter Vermittlung der Bundes-Seestaaten das seemännische Personal vernommen, und nach dem Hamburger Hafenstreik neues Material hinzugefügt, das die Hamburgische Senatskommission gesammelt. Auf diese Weise sind die dem Reichstage zugegangenen Vorlagen in engster Fühlung mit den Berufskreisen zustande gekommen, wobei erwähnt sei, daß vor mehreren Jahren auch von den Sozialdemokraten im Reichstage ein bezüglicher Gesetzentwurf eingebracht wurde.

Die in der neuen Seemannsordnung enthaltenen Reformen entsprechen langjährigen Wünschen der Seeleute. Unter Aufhebung der nur zu häufig zum Nachtheil des Schiffsmanns ausfallenden freien Vereinbarungen zwischen ihm und dem Schiffer und Rheder werden die wichtigeren Bestimmungen über das Vertragsverhältniß gesetzlich geregelt. Ferner sind über das Verhältniß der Mannschaft zu den Vorgesetzten neue Grundsätze aufgestellt. Zu den bisherigen Vorschriften, die fast ausschließlich die Musterung für die Reise regelten, ist eine weitgehende Berücksichtigung der Musterung auf Zeit getreten. Die Arbeitszeit im Hafen, der Lohn für die Ueberstunden, die Ruhezeit im Hafen und auf der Fahrt sind neu geregelt; ferner die Ansprüche in Erkrankungsfällen und bei vorzeitiger Entlassung und bei Rückbeförderung. Eingehend sind die Fälle festgelegt, in welchen jeder Theil zur Auflösung des Dienstverhältnisses berechtigt ist. Weitgehende Aenderungen sind in den Vorschriften über die Disciplinargewalt vorgesehen und bezüglich der Strafvorschriften. Schließlich sind die Schiffsoffiziere, die bisher zur Schiffsmannschaft gerechnet wurden, herausgehoben und haben eine ihren Aufgaben und sozialen Verhältnissen entsprechende Sonderstellung erhalten.

Der zweite Gesetzentwurf über die Mitnahme heimzuschaffender Seeleute erweitert das bestehende Gesetz, wonach deutsche Kauffahrteischiffe zur Mitnahme hilfsbedürftiger Seeleute verpflichtet sind, um die weitere Bestimmung, daß sie auch straffällige Seeleute mit nach Hause nehmen, eine Verpflichtung, die den Reichspostdampfern in den Subventionsverträgen bereits auferlegt ist. Die Mitnahmepflicht ist freilich an die Voraussetzung gebunden, daß an Bord für die Unterbringung straffälliger Schiffsleute ein angemessener Raum vorhanden ist und daß den Rhedereien volle Vergütung gewährt wird. Die Neuregelung der Stellenvermittlung für Schiffsleute in der dritten Novelle entspricht insofern einem dringenden Wunsche der Seeleute, indem darin dem sogenannten Heuerbaasenwesen in den Nordseehäfen und der dadurch verursachten Ausnutzung stellensuchender Seeleute Schranken gesetzt werden. Bis 15 Proz. der Monatsheuer müssen unter Umständen die Schiffsleute dem Stellenvermittler, dem Heuerbaas zahlen, und zwar recht häufig nur, weil sie in ihrer stellenlosen Zeit bei ihm für Kost und Wohnung in Schuld gerathen sind. Nunmehr soll die Stellenvermittlung im Seemannsgewerbe konzessionspflichtig gemacht und die Gebührentage von den Behörden festgesetzt werden. Die Abänderung der seerechtlichen Bestimmungen im Handelsgesetzbuch schließlich ist durch die neue Seemannsordnung verursacht und regelt die Ansprüche des Schiffers gegen den Rheder in Fällen von Krankheit und vorzeitiger Entlassung und die Vertheilung des Hilfs- und Bergelohns zwischen Rheder und Schiffer und der übrigen Besatzung.

Alles in allem genommen bringen diese Novellen erhebliche Verbesserungen und werden, ausgenommen natürlich die Sozialdemokratie, die auch bei dieser Gelegenheit wieder Machtpolitik zu treiben versucht, Zustimmung bei allen wohlmeinenden Sozialpolitikern finden. Nach einer eingehenden Debatte, in welcher der freisinnige Abg. Freese, der konservative Abg. Rettich und der Centrumsabgeordnete Spahn zu der Vorlage eine freundliche Stellung einnahmen, wurde mit Erfolg beantragt, dieselbe einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Der Kaiser ließ durch die deutsche Botschaft die Rhederfirma Currie in London benachrichtigen, es würde ihm leid thun, wenn Kapitän Spence, der in Bremerhafen das kaiserliche Schiff nicht salutirt hatte, seine Stellung verlöre. Wahrscheinlich wird der Kapitän wieder angestellt werden.

* Die dementirten Gerüchte von der Abberufung des Fürsten Radolin sind augenscheinlich auf einen bisher noch nicht aufgeklärten Vorgang zurückzuführen, der sich auf dem letzten Hofball zu St. Petersburg zugetragen haben soll. Nach einem Bericht des „B. T." hätte der Großfürst Wladimir zu einer Dame, die von einem Mitglied der deutschen Botschaft zu Tische geführt werden sollte, in humoristischer Weise geäußert, sie möchte doch in Zukunft vorsichtiger sein, denn es gebe nichts Langweiligeres als einen deutschen Diplomaten. Die Aeußerung sei lachend und sehr laut gethan worden und habe sehr bald die Runde im Saale gemacht. Fürst Radolin hätte sich über den Vorfall bei der Gemahlin des Großfürsten, der Großfürstin Maria Pawlowna, beschwert, die sich jedoch derartige Klagen mit dem Bemerken verbeten haben soll, daß er in ihr nicht die preußische Prinzessin, sondern die russische Großfürstin zu sehen habe. Graf Murawiew habe, von dem Fürsten Radolin unterrichtet, sich bemüht, den Konflikt beizulegen. — Was hieran auf Wahrheit beruht, was auf Hofklatsch zurückzuführen ist, muß die Zukunft zeigen.

Der Reichskanzler und die Agrarier.

Zur Jubelfeier der Akademie der Wissenschaften hat Fürst Hohenlohe bekanntlich eine Rede gehalten, die mit agrarischen Ansichten nicht recht in Einklang zu bringen ist. Sie sind denn auch nicht schlecht erbost auf den großen Reichskanzler. Der Hinweis des Fürsten auf die Kämpfe ums Dasein, die an Vorgänge in der Thierwelt erinnern, giebt dem Organ des Bundes der Landwirthe erwünschten Anlaß zu folgendem Hohn:

Es ist dem Herrn Reichskanzler sicher bekannt, daß gewisse Arten des Börsenspiels, des Jobberthums, des Schachers von der ehrlichen deutschen Arbeit ebenso zehren, wie jene Lebewesen, die man Schmarotzer nennt. Die Schmarotzer können, wenn sie in großer Zahl auftreten und ihrer Schädigung nicht vorgebeugt wird, die stärksten Lebewesen vernichten oder doch zu dauerndem Siechthume bringen. Sollten vielleicht diese Vorgänge in der Thierwelt dem Herrn Reichskanzler vorgeschwebt haben, wenn er im Geiste die Umklammerung und Auswucherung der ehrlichen deutschen Arbeit durch das Schacherthum und das Börsenspiel erwog? Vielleicht hat ihm aber ein anderer Vorgang in der Thierwelt vorgeschwebt. Es ist bekannt, daß im Vogelneste die kräftiger entwickelten Thiere den minder kräftigen die Nahrung vom Munde nehmen; ja, daß sie sich recken und strecken, um den schwächlichen, kraftärmeren Nestgenossen von seinem Platze zu drängen. Sollte der Herr Reichskanzler vielleicht an diese Vorgänge im Thierleben gedacht haben, wenn er sich vergegenwärtigte, wie der mächtig entwickelte Großhandel, die kraftvoll erblühte Ausfuhrindustrie die mühsam um ihr Dasein ringende Landwirthschaft immer mehr von ihrem Plätzchen im Neste zu drängen versuchen? Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß dem Herrn Reichskanzler ein anderes Bild aus dem Thierleben vorgeschwebt hat. Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß der Herr Reichskanzler sich hier einen Hühnerhof halte, damit er immer frische Eier genießen könne. Wer das Hühnervolk aufmerksam beobachtet, der findet, daß meistentheils in jedem Volke ein Huhn ist, das die Rolle des Prügelsungen, des Aschenbrödels, spielt. Wird Futter gestreut, so wird dieses Huhn in der Regel weggebissen; gelingt es ihm aber trotzdem, ein Korn zu erhaschen, so erheben die anderen ein Geschrei und Gegacker, als ob ihnen alles weggefressen würde. Sollte vielleicht der Herr Reichskanzler an diese Vorgänge im Thierleben sich erinnert haben, als er das gewaltige Geschrei infolge des Fleischkaugesetzes vernahm!

Den Gipfel seiner vornehmen Gesinnung erklimmt das Bündlerblatt, indem es seine Ausführungen wie folgt schließt:

Wir können dem Herrn Reichskanzler nachfühlen, daß ihm die Fluth der materiellen Interessen außerordentlich unbequem und unangenehm ist, und daß er den lebhaften Wunsch hegt, sie zurückzudämmen. Wir können ihm ebenso nachempfinden, daß er die Hochfluth als etwas recht Ueberflüssiges und Wunderbares betrachtet. Wer im glücklichen Besitz gewaltiger und einträglicher Ländereien in vielen Staaten Europas ist, der muß sich füglich darüber wundern, wie die materiellen Interessen bei anderen Leuten eine so große Rolle spielen können; aber leider sind eben nicht allzu viele Menschen in Deutschland so glücklich, eines so schönen und sicheren Besitzes sich zu erfreuen.

Mit anderen Worten: Fürst Hohenlohe und seine Familie sind nicht deutsch-national. Denselben Vorwurf haben schon einmal die Sozialdemokraten gegen das Haus Hohenlohe erhoben, weil dieses seine ausländischen Besitzungen nicht aufgeben will. — Sozialdemokraten und Agrarier — wirklich ein par nobile fratrum!

Mittellandkanal und Braunkohlenbergbau.

Das Oberbergamt Halle hat bekanntlich den Verlust, den nach Ausführung des Rhein-Weser-Elbkanals der Absatz des im Regierungsbezirk Magdeburg betriebenen Braunkohlenbergbaues durch Eindringen westfälischer Steinkohle erleiden würde, auf etwa 500,000 t jährlich geschätzt. Demgegenüber war schon in dem Symphe'schen Werke über die wirthschaftliche Bedeutung des Rhein-Weser-Elbkanals hervorgehoben, daß der Absatz an den im Oberbergamtsbezirk Halle hergestellten Braunkohlenbriketts allein in Berlin in zwanzig Jahren um etwa 730,000 t zugenommen habe, was einer Fördermenge von 2,000,000 t entspräche. Es war daran die Bemerkung geknüpft, daß die rasche Zunahme des Brikettverbrauchs für den Hausbrand auch in anderen Städten und Gegenden hinreichen würde, um jenen Verlust von 500,000 t, nonnentlich auch im Regierungsbezirk Magdeburg, auszugleichen. Wie zutreffend diese Bemerkung ist, erweist die Zunahme des Brikettverbrauchs z. B. in Hannover-Linden, der von 9900 t 1897 auf 11,500 t 1898 gestiegen ist, und ferner die Thatsache, daß in Berlin und Vororten allein der Verbrauch an Braunkohlen und Braunkohlenbriketts aus dem Oberbergamtsbezirk Halle von 740,635 t im Jahre 1898 auf 963,553 t im Jahre 1899, also um 222,918 t gestiegen ist. Nimmt man an, daß von diesen 222,918 t 210,000 t Briketts gewesen sind — und diese Annahme ist angesichts der raschen Abnahme des Verbrauchs an roher Braunkohle eher zu niedrig als zu hoch —, dann hat, da eine Tonne Briketts einer Menge von etwa 2.8 t roher Braunkohle entspricht, die Zunahme betragen 2.8 × 210,000 = 588,000 t, und diesen kommen 12,918 t roher Braunkohle zu, so daß sich die Gesammtzunahme in einem Jahre in Berlin und Vororten auf rund 600,000 t stellt. Das ist also mehr, als der ausgerechnete Verlust des Regierungsbezirks Magdeburg beträgt. H.-O.

Politisches.

* Für die Agrarier scheinen die Tage angebrochen, von denen es heißt, sie gefallen ihnen nicht. Jetzt hat sich auch Prinz Heinrich, bei seinem Besuch in Bremen, öffentlich zur sogenannten „Politik der offenen Thür" bekannt. Auf einem vom Senat veranstalteten Festmahl im Rathhaus versicherte der Prinz in einem Trinkspruch, daß es ihm eine leichte Aufgabe gewesen sei, die Interessen Deutschlands im Ausland zu vertreten. Es sei in der letzten Zeit, in den vergangenen Jahren, vielfach gesprochen von der „Politik der offenen Thür."

„Mir ist die Entstehung des Bremer Stadtwappens," fuhr er fort, „nicht gegenwärtig. Ich weiß nur so viel, daß es einen Schlüssel hat. Ich möchte nur hoffen und wünschen, daß dieser Schlüssel jene Thüren, die noch nicht offen sind, öffnen und gleichzeitig diejenigen, die schon offen sind, auch fernerhin offen halten möge. Es ist das eine Politik, meine Herren, für die wir Deutsche stets große Sympathien gehabt haben. In diesem Wunsche fasse ich zusammen, was ich dem Bremer Staat und der freien Hansastadt Bremen wünsche: weiteres Blühen und Gedeihen zu Deutschlands Ehre und zu ihrer eigenen Ehre."

Also, neben dem Sohne des Reichskanzlers jetzt auch der Bruder des Kaisers als Vertreter freihändlerischer Ideen! Das ist für die Agrarier bitter — sehr bitter.

* In seinen „Berl. Pol. Nachr." warnt Herr Victor Schweinburg, das offiziöse Sprachrohr des Mannes im Kastanienwäldchen, davor, für die Flottenvorlage Deckung durch direkte Steuern zu suchen. Das sei eine „abwegige" (!) Maßregel. Auch möge man sich nicht mit bestimmten Vorschlägen abquälen, sondern nur eine „Resolution" über die Art, wie die Deckung nicht erfolgen soll, fassen. — Natürlich: nur keine direkten Steuern, damit die potenten Flottenschwärmer geschont und die nöthigen Milliarden wieder auf die Schultern der großen Masse abgewälzt werden! — Solche offiziösen Mahnungen können den Widerstand der breiten Masse des Volkes gegen die Flottenvermehrung nur steigern!

Volkswirthschaftliches.

* Die Freisinnige Vereinigung scheint in der Flottenfrage etwas skeptisch geworden zu sein. Der Abg. Barth bringt in seiner „Nation" einen Aufsatz, in dem es heißt:

„Wie eine Regierung, der das Zustandekommen der Flottenverstärkung am Herzen liegt, aus Besorgniß vor dem Zorn der Heiligen und der Ritter dazu mitwirken kann, daß die Hauptträger der Flottenpolitik gründlich vor den Kopf gestoßen werden, das gehört zu jenen Geheimnissen der Regierungsweisheit, die der beschränkte Unterthanenverstand nicht zu ergründen vermag."

Wenn die Herren um Barth und Rickert aus der Thatsache, daß sie von der Regierung vor den Kopf gestoßen sind — was übrigens schon öfter und zwar recht tüchtig geschehen ist —, die gegebene Konsequenz ziehen, so hat sich die Opposition gegen die Flottenvorlage wieder vergrößert.

* Die Vereinigung deutscher Fabrikanten gegen Sondersteuern auf Großbetriebe hat durch ihren Vorsitzenden, Fabrikbesitzer und Stadtverordneten Rosenow, 4506 Petitionen seitens insbesondere darauf hin, daß jede Erschwerung des Detailbetriebes und Vertheuerung der Waaren durch eine Steuer eine Verminderung des Konsums bewirkt, daß ferner das dadurch bedingte Mehrangebot von Fabrikaten einen Preisdruck und eine allgemeine Verschlechterung der Lage der Industrie zur Folge hat.

* In Stettin fand am Montag abend eine von allen Schichten der Bevölkerung stark besuchte Versammlung statt, die sich mit der Frage des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin beschäftigte. Der Reichstagsabg. Broemel begründete in längerer Rede die Forderung dieses Kanals, indem er hervorhob, daß das Lebensinteresse Stettins die Herstellung dieser Wasserstraße dringend erfordere. Nachdem sich noch mehrere Redner im Sinne des Abg. Broemel erklärt hatten, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, deren Kern folgender Satz ist:

„Angesichts der Nothlage Stettins erachtet es die Bürgerschaft dieser Stadt für die dringende Pflicht des preußischen Staates gegenüber seinem ersten Seehandelsplatz, daß der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000328011/fragment/page=0001

Gesetzentwurf, betreffend den schleunigen Bau des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin, ungesäumt dem Landtage vorgelegt wird, ohne daß diese Maßnahme von der Ausführung oder Annahme anderer Kanalprojekte abhängig gemacht wird."

* Die „Leutenoth" ist am Montag in einer von offizieller Stelle einberufenen Versammlung im Abgeordnetenhause berathen worden. Seitens der Staatsregierung waren erschienen der Minister des Innern Frhr. v. Rheinbaben, der Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten Freiherr v. Hammerstein, ein Vertreter des Auswärtigen Amtes und andere Regierungskommissarien. Aus dem Abgeordnetenhause hatten der an sie ergangenen Einladung Folge geleistet die Konservativen v. Mendel-Steinfels, v. Staudy, Frhr. von Wangenheim, vom Centrum Klose, Wallenborn, Graf Schwerin-Löwitz, Gamp und Frhr. v. Zedlitz und Neukirch, der Vorsitzende der brandenburgischen Landwirthschaftskammer v. Arnim u. a. Die Berathungen haben sich von 10 Uhr vormittags bis in den Nachmittag erstreckt.

„Wie wir erfahren, berichtet eine Korrespondenz, hat sich über das Vorhandensein des Arbeitermangels im allgemeinen und die beklagenswerthen Wirkungen nicht nur für die Landwirthschaft sondern auch die Industrie allgemeine Uebereinstimmung herausgestellt. Die Regierung verfolgt den Zweck, durch den gepflogenen Meinungsaustausch besser informirt zu werden. Zur Klärung der Angelegenheit ist eine Unterkommission eingesetzt worden."

Daß die Regierung von den Herren v. Mendel-Steinfels und Genossen die richtige Auskunft über die Leutenoth auf dem Lande bekommen hat, halten wir für ausgeschlossen. Weshalb zog man keine Arbeiter zu der Versammlung?

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

177. Sitzung vom 27. März, 1 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Bundesrathstische: Graf Bülow, Graf Posadowsky, v. Goßler.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Etats.

In der Generaldebatte spricht Abg. Frhr. **v. Scheele** (Welfe) über die schlechten Lohnverhältnisse der Steinarbeiter in Hannover. Damit schließt die Generaldiskussion. (Heiterkeit.)

Beim Etat des Reichstages wünscht Abg. **Spahn** (Ctr.) eine bessere Schnellzugsverbindung zwischen Berlin und Leipzig, namentlich für Reichstagsabgeordnete.

Graf **Hohenthal** erwidert, daß hauptsächlich die preußische Eisenbahnverwaltung in Frage komme.

Abg. **Fischbeck** (freis. Vp.) begründet den von seiner Partei eingebrachten Antrag auf Einführung von Diäten für Reichstagsabgeordnete. Die Sozialdemokratie finde sich verhältnißmäßig noch am besten mit der Diätenlosigkeit ab, aber die Vertreter des Mittelstandes litten sehr darunter. Auch die chronische Leere und Beschlußfähigkeit des Hauses sei eine Folge davon. Die Rechte sollte doch endlich ihre Bedenken fallen lassen und dem Antrag zustimmen.

Die Abgg. **Gröber** und **Bassermann** beantragen, in dem Antrage das Wort „Diäten" durch das Wort „Anwesenheitsgelder" zu ersetzen. (Heiterkeit.)

Abg. **Bassermann** (nl.) tritt für Gewährung der Anwesenheitsgelder ein, da bei dem jetzigen System große Bevölkerungskreise von der Annahme von Mandaten ausgeschlossen seien. Die Sessionen des Reichstags seien lang und anstrengend, dazu trage bei, daß die Regierungen so wichtige Gesetzentwürfe wie die Seemannsordnung erst Ende März einbringen. Es genüge, Entschädigungsgelder für Abgeordnete einzuführen für die Tage, an denen sie im Reichstage wirklich anwesend sind. Die Gründe, die früher gegen die Diäten geltend gemacht seien, seien heute hinfällig.

Abg. **Gröber** (Ctr.): Durch die Diätenlosigkeit des Reichstags werden eine große Reihe sonst geeigneter Männer von der Annahme eines Mandats ausgeschlossen. Es sei aber unpraktisch, Diäten von Beginn bis Ende der Session zu zahlen, sondern besser, nur pro Tag Präsenzgelder zu bewilligen. Auch der Bundesrath habe ein Interesse daran, daß der Reichstag beschlußfähig und arbeitsfähig sei. Selbstverständlich müssen die Eisenbahnfreikarten beibehalten werden.

Abg. **Singer** (Soz.): Seine Freunde haben stets für den Diätenantrag gestimmt, weil die Diäten ein nothwendiges Korrelat zu dem allgemeinen direkten Wahlrecht seien. Die Diätenlosigkeit habe bisher die Sozialdemokratie an ihrer parlamentarischen Entwicklung nicht gehindert. Er wundere sich über das Amendement betr. die Präsenzgelder, es solle wohl den Reichstag ständig beschlußfähig halten. Auch in diesem Falle werde seine Partei Mittel und Wege finden, unheilvolle Beschlüsse mit allen Mitteln der Geschäftsordnung zu verhindern. Hoffentlich stimme die Regierung der Diätenzahlung zu.

(Reichskanzler Fürst **Hohenlohe** ist inzwischen im Saal erschienen.)

Abg. **Gräfe** (Antis.) weist darauf hin, daß die Beamten, welche im Reichstag sitzen, durch den Fortbezug ihres Gehaltes verschlechterte Diäten erhalten. Durch die Diätenlosigkeit werden auch die Doppelmandate begünstigt. Er richte an die konservative Partei den warmen Appell, ebenfalls für den Antrag einzutreten.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Seine politischen Freunde haben sich bisher immer gegen die Gewährung von Diäten ausgesprochen, da die Diätenlosigkeit vom Fürsten Bismarck als ein Korrelat des allgemeinen geheimen Wahlrechts angesehen wurde. Er täuschte sich darin einigermaßen. Ein Theil seiner Partei interessire sich heute für die Gewährung von Diäten, die Gesammtpartei werde sich aber heute der Abstimmung enthalten. — Die Eisenbahnkarten sollten durch ganz Deutschland gelten wie früher.

Abg. **Rickert** (frs. Vg.): Auch wir sind für den Antrag; ich möchte aber auch meinerseits betonen, daß nicht daran gedacht werden darf, gleichzeitig mit der Einführung von Diäten das allgemeine gleiche Wahlrecht einzuschränken. (Sehr richtig!) Ich begreife nicht, wie Herr v. Kardorff sagen kann, er sei auf diesen Antrag nicht vorbereitet. Wir haben ihn doch seit Dezennien immer wieder berathen! Die Frage, ob Diäten oder Präsenzgelder gezahlt werden sollen, steht für uns erst in zweiter Linie; wir werden für denselben stimmen.

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Von einer Ueberrumpelung kann gar keine Rede sein, denn der Antrag beschäftigt uns schon seit Dezennien. Fürst Bismarck hat keineswegs zuerst das öffentliche Wahlrecht einführen wollen, er hat von Anfang an, schon auf dem Fürsten-Kongreß, das Wahlrecht der Frankfurter National-Versammlung von 1848, also das geheime Wahlrecht gewollt. Die Frage der Diätenzahlung blieb dabei eine offene Frage. Die Nichtzahlung der Diäten wurde erst später beschlossen. Wir haben heute unseren Antrag eingebracht, weil wir wollen, daß die Frage wieder in Fluß kommt. Wenn die Herren die Einführung von Anwesenheitsgeldern wollen, so haben wir auch dagegen nichts einzuwenden.

Hiermit schließt die Diskussion.

Hierauf wird die Resolution mit dem Antrage Bassermann-Gröber angenommen. Dagegen stimmen nur die Konservativen. Die Mitglieder der Reichspartei haben den Saal verlassen.

Der Etat des Reichstags wird bewilligt.

Beim Etat des Reichskanzlers führt

Abg. **Richter** (freis. Vp.) aus: Ich möchte bei diesem Etat eine Frage zur Sprache bringen, die zwar keine hochpolitische, aber doch eine Etatsfrage in des Wortes vollster Bedeutung ist. Es handelt sich um eine Reinmachefrau (stürmische Heiterkeit), die bereits bei drei Reichskanzlern rein gemacht hat. (Erneute Heiterkeit.) Die Frau ist bereits siebzehn Jahre im Dienst und ist jetzt erkrankt und arbeitsunfähig geworden. Wiederholt ist sie um Unterstützung eingekommen. Einmal ist für sie eine Unterstützung von 50 M. gezahlt worden, jedoch mit der Weisung, nicht wieder zu kommen. Die Frau, die schon über 60 Jahre alt ist, ist einer Unterstützung dringend bedürftig. Der Hausinspektor hat mir versichert, daß die Frau stets zur Zufriedenheit der drei Reichskanzler rein gemacht hat. (Heiterkeit.) Die Frau hat auch sonst ihren Dienst treu erfüllt, sie ist stets sehr diskret gewesen (Heiterkeit) und dies ist auch von Bedeutung, denn wir wissen ja aus verschiedenen Prozessen, was sich alles in die Papierkörbe der Diplomaten verirrt. Denken Sie nur an die Rolle, die der Papierkorb der deutschen Botschaft in Paris im Dreyfuspprozeß gespielt hat. Das Auswärtige Amt schätzt die Thätigkeit dieser Frauen höher ein. Wie mir mitgetheilt wurde, sorgt das Auswärtige Amt auch besser für die invaliden Frauen. Die alte Frau kann nun nicht einsehen, weshalb dies nicht auch im Reichskanzleramt geschieht, sie meint, Auswärtiges Amt oder Reichskanzler ist doch ganz egal, das ist doch alles ein Deutsches Reich. (Heiterkeit.) Ich meine, das Vorstehende genügt, um die Aufmerksamkeit des anwesenden Herrn Reichskanzlers auf diese Frage zu richten und eine Unterstützung für diese Frau herbeizuführen. (Große Heiterkeit.)

Der Etat des Reichskanzlers wird hierauf bewilligt.

Beim Etat des Auswärtigen Amts wünscht Abg. **Bassermann** (nl.) eine Anerkennung des deutschen Schiffspfandrechts im Auslande, namentlich in Bezug auf Holland.

Direktor Dr. **v. Bürner**: Die deutsche Regierung sei an die holländische mit einem bezüglichen Wunsche herangetreten, habe aber bisher noch keine Antwort erhalten.

Beim Etat des Reichsamts des Innern weist Abg. **Schmidt-Warburg** auf einen Unterschied hin, der zwischen den unmittelbaren Beamten des Reichsamts des Innern und den Beamten der Reichsbehörden in Bezug auf das Gehalt angegliedert gemacht werde.

Abg. **Eickhoff** (freis.) wiederholt seine Beschwerde, daß der Thüringische Industrieverein mit 15,000 M. subventionirt werde.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Er habe bei der ersten Lesung eine ausreichende Erklärung abgegeben und bedauere, daß diese Sache hier nochmals vorgebracht werde. Er habe mehr zu thun, als auf solche Details einzugehen.

Abg. Prinz **Carolath-Schönaich** (nl.) befürwortet die Petitionen von Frauenvereinen um Gymnasial- und Universitätsstudium. Denjenigen Frauen, die das Abiturientenexamen gemacht haben, müßte das Universitätsstudium gewährt werden, wenn auch vorläufig ohne Immatrikulation. Es müsse aber verhindert werden, daß die Frauen abgewiesen würden und gezwungen seien, auf ausländische Universitäten zu gehen.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Dasjenige, was er in Aussicht gestellt, sei jetzt erfüllt. Frauen, die ordnungsgemäß ihre Gymnasial- und Universitätsstudien absolvirt haben, können zu den medizinischen Examen und zur Approbation zugelassen werden. Aber der Appetit komme mit dem Essen, und nun verlangen die Frauen die volle Immatrikulationsfreiheit. Viele Professoren haben eine Abneigung gegen die Zulassung der Frauen und die Regierung wolle keinen zwingenden Druck auf sie ausüben. Er stehe der Frage sehr wohlwollend gegenüber.

Abg. **Rickert** (fr. Vgg.): Preußen und das preußische Staatsministerium müßten in dieser Frage vorangehen und den Frauen gestatten, ohne weiteres allen Vorlesungen beizuwohnen.

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.) geht auf bergbauliche Fragen ein, die sich speziell auf die Mansfelder Gewerkschaft beziehen.

Abg. **Rösenow** (S.) fragt an, wie es mit einem eventuellen Eingreifen des Reichs in die Wohnungsfrage stehe. Eine Resolution betreffs Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes sei ja hier angenommen worden.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** erwidert, die Lösung der Wohnungsfrage werde die Lösung eines Theiles der sozialen Frage selbst bedeuten. In der kurzen Zeit seit Annahme der Resolution habe selbstverständlich noch nichts Entscheidendes gethan werden können. Die Reichsregierung habe sich an die einzelnen Bundesstaaten gewandt und um ihre Ansicht gebeten. Die Antworten seien noch nicht eingelaufen. Erst wenn das geschehen sei, werde man entscheiden können, ob man dieser Frage von Reichswegen näher treten könne.

Abg. **Schrader** (fr. Vgg.) ersucht die Regierung, in dieser Sache wenigstens einmal einen ersten entscheidenden Schritt zu thun. Man könne sich nicht auf Jahre hinaus vertrösten lassen.

Abg. **Singer** (Soz.) verwahrt sich einer Aeußerung des Abg. Dr. Arendt gegenüber dagegen, daß letzterer aus dem Verhalten eines Sozialdemokraten allgemeine Schlüsse auf die ganze sozialdemokratische Partei mache.

Abg. Dr. **Arendt** (fl.) erklärt, das habe er nicht gethan. Das sei vielmehr die Kampfesweise der Sozialdemokraten, die auch mit unwahren Behauptungen kämpften. Er erinnere nur an den Tuckerbrief.

Abg. Dr. **Paasche** (nl.): Die Sozialdemokratie stelle oft solche unbewiesene Behauptungen auf. Bei der Flottenvorlage habe Abg. Bebel behauptet, daß die Firma Ludwig Löwe einen Arbeiter, der 27 Jahre in ihrem Dienste stand, auf die Straße gesetzt habe, der sich dann im Grunewald erschoß. Es handelt sich um einen Mann, der mit 4500 M. im Bureau angestellt war. Weil nicht mehr mit ihm auszukommen war, wurde ihm zum 1. Juli gekündigt. Es wurde ihm aber bedeutet, daß man für ihn sorgen werde. Trotzdem erschoß er sich. Der Frau sei eine Pension bewilligt worden.

Abg. **Bebel** (Soz.): Der von ihm mitgetheilte Fall sei durch die Presse gegangen, ohne daß die Firma Löwe sich dagegen verwahrte. Die Pension sei erst nach der Erörterung im Reichstag ausgesetzt worden. Er werde auf den Fall noch zurückkommen. Seine Mittheilungen beruhten stets auf verlässigen Quellen.

Abg. Dr. **Paasche**: Herr Bebel sei zu leichtgläubig und bringe dann alle solche unbeglaubigten Geschichten im Reichstag in leichtfertiger Weise vor.

Abg. Fürst zu **Inn- und Knyphausen** befürwortet eine Resolution auf Hebung der Hochseefischerei unter Einführung von Schonzeiten.

Abg. Dr. **Hahn** unterstützt die Resolution und ist dem Vorredner für seine Anregungen dankbar.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Es solle eine Kommission gebildet werden zur biologischen Erforschung der nördlichen Meere. Mittel werden i. J. gefordert werden. Auch die Frage der Schonreviere werde geprüft werden.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** stimmt der Tendenz der Resolution zu und verweist auf die Arbeiten der Stockholmer Konferenz, bittet im übrigen, die Resolution mit Rücksicht auf die Erklärung des Staatssekretärs zurückzuziehen.

Fürst zu Inn- und Knyphausen zieht seine Resolution zurück.

Zum Kapitel Reichsgesundheitsamt liegt eine Resolution der Abgg. Rembold u. Gen. vor auf Revision der Vorschriften über die Maul- und Klauenseuche, namentlich hinsichtlich Einschränkung und Abkürzung der Sperren.

Abg. **Rembold** (Ctr.) begründet diesen Antrag.

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky** theilt mit, daß eine Konferenz im Reichsgesundheitsamt stattgefunden habe, um darüber zu berathen, ob und wie die Vorschriften über die Maul- und Klauenseuche geändert werden können. Eine Kommission sei eingesetzt worden. Das Ergebniß der jetzt schwebenden Verhandlungen müssen wir zunächst aber abwarten.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberathung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 6¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung vom 27. März.

Das Haus ist gut besetzt.

11 Uhr. Am Ministertisch: v. Thielen u. a.

Der Gesetzentwurf, betr. die Erweiterung des Stadtkreises Flensburg, wird in 3. Lesung definitiv angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes und die Betheiligung des Staates an dem Bau einer Eisenbahn von Trenenbrietzen nach Neustadt a. Dosse, sowie von Kleinbahnen.

Abg. **v. Arnim** (kons.) bemerkt zur Linie Osterfeld-Hamm, in der Budgetkommission sei eine Petition, diese Linie gleich mit schweren Schienen auszustatten, besprochen worden, da man auf dieser Linie einen sehr starken Güterverkehr erwarte. Man habe allerdings beschlossen, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen, jedoch scheine es ihm sehr erwünscht, wenn man hier einmal einen Versuch mit schweren Schienen machte, und überhaupt einmal versuchte, eine reine Güterbahn, auf der nur Güterzüge verkehren, anzulegen.

Abg. **Moeller** (nl.) erklärt, die Strecke Osterfeld-Hamm sei eine sehr nothwendige Neuanlage, um den noch immer wachsenden Güterverkehr bewältigen zu können. Die Strecke müsse, wie ja auch beabsichtigt sei, eine Vollbahn sein, jedoch empfehle es sich, sie sofort zweigleisig anzulegen. Ob schwere Schienen zu empfehlen seien, wisse er nicht. Mit technischen Kenntnissen, die er nicht habe, wolle er nicht prunken. Redner bespricht sodann den Wunsch der Stadt Ruhrort nach einer festen Eisenbahnbrücke über den Rhein zwischen Homberg und Ruhrort. Die Kommission habe zwar beschlossen, über eine Petition der Handelskammer in Ruhrort, in der der Bau dieser Brücke gewünscht wird, zur Tagesordnung überzugehen, indessen hoffe er, daß der Minister doch nochmals erwägen werde, ob diese Brücke nicht doch noch gebaut werden könne. Wenn die Brücke unterhalb Ruhrort gebaut würde, so würde sowohl Ruhrort wie Crefeld aus dem Hauptverkehr ausgeschaltet werden.

Minister **v. Thielen** erwidert, man werde auf der Strecke Osterfeld-Hamm den Unterbau so stark anlegen, daß, wenn das Bedürfniß hervortritt, mit Leichtigkeit ein zweites Gleis gelegt werden könne. Zunächst genüge indessen noch eine eingleisige Bahn. Schwere Schienen dort zu legen, sei nicht nothwendig. Solche Schienen würden nur da gelegt, wo Züge mit sehr großer Geschwindigkeit fahren, nicht, wo schwer beladene Züge verkehren. Den Bau einer Rheinbrücke Homberg-Ruhrort könne er nicht billigen, denn wenn auch diese Brücke gebaut werde, müsse die Bahnverwaltung später doch noch eine Brücke unterhalb Ruhrort über den Rhein bauen. Außerdem würde Ruhrort seinen Zweck, an eine durchgehende Strecke zu kommen, doch nicht erreichen, da durchgehende Schnellzüge über diese Brücke nicht geleitet werden würden.

Inzwischen ist ein Antrag Moeller eingelaufen, die Petition der Handelskammer in Ruhrort der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Abg. **Pleß** (Ctr.) beantragt, diese Petition der Regierung als Material zu überweisen.

Nachdem Minister **v. Thielen** nochmals den Bau dieser Brücke nicht in Aussicht stellen zu können erklärt hat, wird, entsprechend dem Antrage der Kommission, über diese Petition zur Tagesordnung übergegangen und die Linie bewilligt.

Zu der Linie Johannisburg-Lötzen liegen Petitionen dieser beiden Gemeinden um Bewilligung eines Staatszuschusses zu den Grunderwerbskosten vor.

Die Kommission beantragt, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. **v. Staudy** (kons.) bittet die Regierung, den Gemeinden eventuell später doch noch einen Zuschuß zu gewähren.

Das Haus beschließt dem Kommissionsantrage entsprechend.

Zu der Linie Carthaus in Westpr.-Lauenburg in Pomm. liegt eine Petition des Vorsteheramts der Kaufmannschaft in Stolp vor, die Bahn statt von Carthaus nach Lauenburg von Carthaus nach Stolp zu legen.

Der Antrag der Kommission lautet auf Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. **v. Bandemer** (kons.) richtet an die Regierung das Ersuchen, die Linie Carthaus-Stolp für das nächste Jahr in Aussicht zu nehmen.

Abg. **Schröder** (Pole) spricht sich in demselben Sinne aus.

Hierauf geht das Haus über die Petition zur Tagesordnung über.

Bei der Linie Glowno(-Posen) nach Janowitz regt

Abg. **Seer** (nl.) an, die Bahn von Janowitz aus weiter zu führen bis nach Znin.

Abg. **v. Tiedemann** (kons.) unterstützt diesen Wunsch.

Zu der Linie Kiel-Osterrönfeld (Rendsburg) liegt eine Petition um andere Führung der Bahn Kiel-Rendsburg vor, welche die Kommission der Regierung als Material zu überweisen beantragt.

Das Haus beschließt nach dem Kommissionsantrage.

Zu der Linie Coblenz-Mayen liegt eine Petition um Erbauung einer Bahn von Polch nach Münstermaifeld vor.

Die Petition wird entsprechend dem Kommissionsantrage der Regierung als Material überwiesen.

Die sämmtlichen Haupt- und Nebenbahnen der Vorlage sowie die zur Beschaffung von Betriebsmaterial eingestellten Mittel werden bewilligt.

Die zur Betheiligung des Staates an dem Bau einer Bahn von Treuenbrietzen nach Neustadt a. Dosse geforderten 4 Millionen werden debattelos bewilligt.

Bei der Position „20 Millionen zur Förderung des Baues von Kleinbahnen" geht

Abg. Frhr. **v. d. Goltz** (k.) auf die von der Verwaltung für die Bewilligung von Staatsbeihilfen zum Bau von Kleinbahnen gestellten Vorbedingungen ein und wünscht insbesondere, daß die Regierung nicht immer die Normalspurweite zur Bedingung machen, sondern wie bisher von Fall zu Fall entscheiden möge. Redner bittet die Verwaltung, deren Wohlwollen für das Kleinbahnwesen er durchaus anerkenne, im nächsten Jahre mit den Staatsbeihilfen möglichst noch etwas freigebiger zu sein.

Die Position wird bewilligt, ebenso ohne Debatte der Rest des Gesetzes. — Die dazu vorliegende Denkschrift über die bisher zum Bau von Kleinbahnen bewilligten oder in Aussicht gestellten Staatsbeihilfen wird durch Kenntnißnahme erledigt.

Damit ist die zweite Berathung der diesjährigen Eisenbahnvorlage erledigt.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Dritte Berathungen kleinerer Vorlagen und des Gesetzentwurfs betreffend die Gewährung von Zwischenkrediten bei Rentengutsbildungen, Wahlprüfungen.

Schluß 2½ Uhr.

*

Herrenhaus.

4. Sitzung vom 27. März. 2 Uhr.

Am Ministertische: Kommissare.

Präsident Fürst **zu Wied** theilt mit, daß er bei dem Kaiserpaare und dem Prinzen Friedrich Leopold aus Anlaß des Todes der Herzogin Friedrich zu Schleswig-Holstein die Theilnahme der Mitglieder des Herrenhauses ausgedrückt habe, und verliest die von dem Kaiser sowie vom Prinzen Friedrich Leopold eingelaufenen Dankschreiben.

Weiter macht der Präsident Mittheilung davon, daß er St. Maj. dem Kaiser in diesem Jahre zu seinem Geburtstage wegen der Hoftrauer nur schriftlich gratulirt habe. Das Dankschreiben des Kaisers für die Gratulation wird gleichfalls verlesen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erheben sich die Mit-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000328011/fragment/page=0002

gliedern zu Ehren des Andenkens der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder des Herrenhauses, Dr. v. Holleben, v. Kuhlmann-Oberlitz und Dr. v. Puttkamer, von den Plätzen.

Der Präsident theilt sodann noch mit, daß verschiedene Herren, darunter Oberbürgermeister Kirschner, neu berufen sind, und begrüßt die neuen Mitglieder.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung.

Erster Gegenstand derselben ist die einmalige Schlußberathung des Gesetzentwurfs betr. die Dienstvergehen der Beamten der Landesversicherungsanstalten.

Berichterstatter Frhr. von Willamowitz-Möllendorf beantragt, dem Gesetzentwurf unverändert die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Das Haus tritt diesem Antrage ohne Debatte bei.

Debattelos und unverändert gelangt ferner zur Annahme der Gesetzentwurf wegen Ausdehnung des Gesetzes vom 19. Mai 1891 (Bildung von Wassergenossenschaften) auf das Gebiet der Ruhr.

Es folgt die Berathung der Denkschrift betr. die in der Zeit vom 1. April 1897 bis zum 31. März 1899 erfolgten Ausführungen an denjenigen Wasserstraßen, über deren Neuanlegung dem Landtage besondere Vorlagen gemacht worden sind.

Berichterstatter Oberbürgermeister **Zweigert** beantragt, die Denkschrift durch Kenntnißnahme für erledigt zu erklären.

Graf **Mirbach** bemängelt das Fehlen leistungsfähiger Wasserstraßen in Ostpreußen. Die Weichsel sei in Rußland nicht regulirt, sie versande daher leicht und ändere fortwährend ihr Bett. Es sei daher nöthig, eine leistungsfähige Wasserstraße von der Weichsel aus mit Anschluß an den Bromberger Kanal zu schaffen.

Hierauf wird die Denkschrift durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung der Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes betreffend die Förderung deutscher Ansiedlungen in Westpreußen und Posen.

Graf **Mirbach** weist auf einen Passus der Denkschrift hin, aus dem hervorgeht, daß die heimische Produktion sehr wohl imstande sei, den Fleischbedarf zu decken. Vor 1½ Jahren sei auf dem Städtetage die Befürchtung ausgesprochen, daß die städtische Bevölkerung nicht ausreichend mit Fleisch versorgt werden könne. Diese Befürchtung sei hinfällig.

Oberbürgermeister **Delbrück**-Danzig erwidert, es sei auf dem Städtetage statistisch die Abnahme der Schweineproduktion nachgewiesen und daran der Wunsch geknüpft, daß dem durch die periodische Preissteigerung hervorgerufenen Nothstande durch andere Handhabung der veterinärpolizeilichen Maßnahmen abgeholfen werden möge. Jetzt sei allerdings wieder eine Zunahme der Schweineproduktion zu konstatiren.

Graf **Mirbach** drückt seine Genugthuung darüber aus, daß auch der Vorredner eine Zunahme der Schweineproduktion zugegeben habe.

Hiermit schließt die Debatte.

Die Denkschrift wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. (Petitionen, Gesetzentwurf betr. die Zwangserziehung Minderjähriger, kleinere Vorlagen.)

Schluß 3¾ Uhr.

Provinzialnachrichten.

* **Delitzsch**, 27. März. [Grabschändung.] Auf dem hiesigen alten Friedhof ist von ruchloser Hand eine abscheuliche Grabschändung verübt worden. Unter der Sakristei der Gottesackerkirche befindet sich das Erbbegräbniß der Familie Parey, das nach außen zwei durch Eisenstäbe vergitterte Luftöffnungen besitzt. Von einer dieser Oeffnungen sind nun in den letzten Tagen die Eisenstäbe entfernt worden, worauf von einem in der Nähe der Oeffnung stehenden Sarge der Deckel gewaltsam entfernt worden ist. Ob eine Beraubung der Leiche beabsichtigt oder ausgeführt worden ist, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden.

* **Bitterfeld**, 27. März. [Bei dem heute hier abgehaltenen Viehmarkte] waren 280 Ferkel, 80 Läufer, 90 Kühe und 16 Kälber aufgetrieben. Das Paar Ferkel kostete 17 bis 28 M., während Läufer mit 30 bis 50 M. pro Paar bezahlt wurden. Für Kühe wurden 180 bis 400 M. gezahlt und für Kälber 50 bis 60 M. pro Stück. An Käufern mangelte es nicht, doch war die Kauflust keine rege und der Umsatz nur ein mittlerer.

* **Weißenfels**, 27. März. [Aus der Saale gezogen.] Die Leiche des seit mehreren Wochen vermißten Dienstmädchens Emma H. aus Schkeuditz ist an der hiesigen Guanofabrik aus der Saale gezogen worden. Das 18jährige Mädchen hatte seinen Eltern geschrieben, daß es sich eines unglücklichen Liebesverhältnisses wegen das Leben nehmen werde.

* **Zeitz**, 27. März. [Jugendlicher Selbstmörder.] Angeblich wegen schlechter Behandlung hatte sich der 11jährige Sohn des Kaufmanns Bartsch in Weißdau an einem Baume aufgeknüpft. Er wurde rechtzeitig abgeschnitten, entfernte sich aber bald darauf nochmals vom Orte, um seine selbstmörderische Absicht auszuführen. Diesmal verhinderten ihn Schulkameraden daran, sein Vorhaben zu vollenden. Sie brachten den Jungen nach Hause zurück.

* **Erfurt**, 27. März. [Familientragödie.] Gestern wurde in dem Hause Marbachergasse 16 ein dort wohnendes hochbetagtes Ehepaar in erschreckendem Zustande aufgefunden. Der Mann hatte seinem Leben durch Erhängen ein Ziel gesetzt, während die Frau einen Selbstmordversuch durch Vergiften gemacht hatte.

* **Dohndorf**, 27. März. [Ein gefährliches Rencontre mit Wilddieben] hatte in der vorvergangenen Nacht der bei der hiesigen Domäne angestellte Jagdaufseher Sch. zu bestehen. Weil Sch. in seinem Reviere öfters Angezeichen gefunden hatte, daß auf Fasanen gewildert würde, begab er sich in der genannten Nacht im sogen. Dödergarten in der Cörmigk-Dohndorfer Straße auf den Anstand. Es gelang ihm auch, einen Mann, der eben auf einen Fasanen geschossen hatte, zu stellen. Dieser gab jedoch der Aufforderung, die Waffe niederzulegen, nicht Folge, sondern schoß auf Sch., glücklicherweise ohne zu treffen. Hierauf gab Sch. Feuer, worauf der Mann entfloh. Bei der Verfolgung bemerkte Sch. noch einen Wilderer. Die Nachsuche am nächsten Morgen ergab 3 Fasanenhennen und 2 Fitzhühte, die jedenfalls von den Wilderern herrühren, die bei der herrschenden Dunkelheit leider unerkannt entkommen sind.

* **Gersdorf** bei Hohenstein-Ernstthal, 27. März. [Nach Westfalen.] Im Laufe der letzten Woche sind ungefähr 40 Arbeiter von einem hiesigen Steinkohlenwerke nach Westfalen übersiedelt, wo sie reichlicheren Lohn und bessere Behandlung erwarten.

— [Ordensverleihung. — Personalnachricht.] Dem Oberholzhauer Peter Weiß zu Goldlauter im Kreise Schleusingen wurde das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen. — Dem pharmazeutischen Assessor des Medizinal-Kollegiums der Provinz Sachsen, Dr. phil. Gustav Hartmann in Magdeburg, ist der Charakter als Medizinalrath verliehen.

* **Goslar**, 27. März. [Erfroren] ist im Walde bei Beuchte ein polnischer Knecht. Er kam schwer betrunken von der militärischen Musterung aus Goslar und legte sich, Rock und Weste auszieht, im Walde auf den Schnee nieder.

* **Ilfeld**, 27. März. [Landrath.] Der Regierungs-Assessor Dr. jur. v. Doetinchem de Rande in Münster ist vom 1. April d. J. ab mit der kommissarischen Verwaltung des Landrathsamtes des Kreises Ilfeld beauftragt worden. Landrath, Geheimer Regierungsrath v. Funcktt, der zum 1. Mai d. J. seine Versetzung in den Ruhestand beantragt hat, tritt am 1. April einen Urlaub an.

* **Braunschweig**, 27. März. [Die hiesigen Brauereibötticher] haben wegen Lohndifferenzen heute die Arbeit niedergelegt. Die Böttcher beanspruchen einen monatlichen Anfangsgehalt von 100 M., steigend nach halbjähriger Thätigkeit auf 105 M., nach einjähriger auf 110 M. und nach zweijähriger auf 120 M. Für die Nachtstunden verlangen sie einen Aufschlag von 10 Pf. Außerdem wollen sie wöchentliche Lohnzahlung, achtstündige Arbeitszeit und statt der bisher gewährten 5 Liter Bier künftig 7 Liter. Auf diese Forderungen erklärten die Brauereien nicht eingehen zu können.

* **Dresden**, 27. März. [Hier sind die Schneider in den Streik] eingetreten, da die Mehrzahl der Meister den von der Lohnkommission der Gesellen ausgearbeiteten neuen Lohntarif nicht anerkannt hat.

Vermischtes.

Der Kaiser als Pathe von Drillingen. Bei den im Februar d. J. dem Gärtner Thlon zu Kreuzenort i. Schles. von seiner Gattin geborenen Drillingen (drei Knaben) hat der Kaiser Pathenstelle übernommen und genehmigt, daß diesen Kindern die Namen Wilhelm I, Wilhelm II und Wilhelm III beigelegt werden, und daß ferner der Name des Kaisers in das Gemeindefirchenbuch eingetragen werde. Die Ehe des glücklichen Vaters war bisher durch die Geburt von sechs Söhnen gesegnet.

Ernst Haeckel und seine Gegner. Man schreibt der „Frankf. Ztg.": Ernst Haeckel's letztes Werk „Die Welträthsel", das in ein paar Monaten in 9000 Exemplaren verkauft worden ist, erregt noch immer die weitesten Kreise und hat dem Jenaer Gelehrten scharfe Anfeindungen zugezogen. So heftig wird Haeckel allerdings nicht angegriffen wie in den sechziger Jahren, als seine Schriften und Lehren böse Stürme gegen ihn entfachten. Aus jener Zeit erzählt Wilhelm Bölsche in seinem soeben veröffentlichten Lebensbild Haeckel's eine hübsche Geschichte: Ein grimmer Theologe wurde persönlich vorstellig beim Großherzog von Weimar, es müsse „dieser Skandal mit Haeckel's, des Ketzertexts, Professorschaft" endlich aufhören. Der Großherzog, aufgewachen in den großen Traditionen Weimars, fragte gelassen:

„Meinen Sie denn, daß der Mann das, was er vorträgt, wirklich glaubt?"

Der Andere: „Schlimm genug — aber das wird er wohl."

Darauf der Großherzog: „Ja, aber dann thut der Mann ja blos dasselbe, was Sie auch thun!" . . .

Dem Goethe-Bund Berlins zum Schutze der freien Kunst und Wissenschaft sind innerhalb der Sonntags-Versammlung im Rathhause sofort siebenhundert Mitglieder beigetreten. Fernere schriftliche Beitrittserklärungen nimmt das Bureau, W., Charlottenstraße 37 (Presseflub), sowie die Verlagsbuchhandlung S. Fischer, Bülowstraße 90/91, entgegen; weitere Sammelstellen werden umgehend bekannt gemacht werden. Zur Mitgliedschaft sind Männer und Frauen gleicherweise berechtigt. Der Jahresbeitrag beträgt eine Mark.

Die Censur in Wien verbot die Aufführung des sog. Maskenspiels „König Harlekin" von Dr. Rudolf Lothar, die am Sonnabend im Deutschen Volkstheater stattfinden sollte. Das Stück wurde seinem ganzen Inhalt nach verboten. Harlekin erschlägt den Fürstensohn im Märchenland Lustanien, weil er Columbinen nachstellt, die Harlekin liebt. Harlekin nimmt die Maske des Erschlagenen an und spielt dann drei Akte lang die Herrscherrolle. Direktor Bukowics gedenkt, das Stück im Mai bei dem Gastspiel seiner Gesellschaft im Deutschen Theater in Berlin aufzuführen.

Ein schöner Name. Eine arme Arbeiterin, in Cecast End von London wohnhaft, ließ ihr Töchterchen, das am Tage der Waffenstreckung Cronje's zur Welt kam, zu Ehren der siegreichen englischen Generale und der von ihnen gewonnenen Gefechte auf den gewiß nicht alltäglichen Namen: „Modderina Belmontina Robertina Bullerina" taufen.

Personalnachrichten. Am Sonntag früh ist der Geschichts und Bildnißmaler Professor Adolf Henning im 91. Lebensjahre gestorben. Der nunmehr heimgegangene Senior der Akademie der Künste war Jahre hindurch auch als Kunstreferent der „Nr.-Z." thätig, die ihrem Mitarbeiter einen warmen Nachruf widmet.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 27. März. Die Budgetkommission des Reichstags begann heute die Berathung der Novelle des Flottengesetzes und erklärte sich auf Antrag der Abgg. Müller-Fulda und Genossen damit einverstanden, daß eine Generaldebatte und zwei Lesungen stattfinden sollen und die Generaldebatte in vier Hauptabschnitte getheilt wird: 1. Nothwendigkeit und Umfang der Flottenvermehrung; 2. Kosten und Beschaffung der Mittel; 3. gesetzliche Festlegung der Vermehrung; 4. Durchführung der Vermehrung. Zu den einzelnen Abschnitten werden verschiedene Fragen gestellt werden, darunter folgende: Welche Ereignisse traten seit dem Flottengesetz vom 4. April 1898 ein, die diese Novelle nothwendig machen; wie ist das derzeitige Stückverhältniß der Flotten und Landarmeen der größeren Seemächte; wie sind unsere politischen Beziehungen zu diesen Reuten; welche Ziele verfolgen die Verbündeten Regierungen mit der geplanten Weltmachtpolitik; welche neuen Steuern schlagen die Regierungen behufs Kostendeckung vor; wie gedenken die Regierungen den Nachtheilen zu begegnen, welche aus der Flottenverstärkung für die Landwirthschaft zu befürchten sind. Der Vorsitzende der Kommission machte darauf aufmerksam, daß ein Theil des zur Beantwortung erforderlichen Materials streng vertraulich zu behandeln sei. Staatssekretär Graf Bülow machte vertrauliche Mittheilungen über unsere auswärtigen Beziehungen, woraus sich die Schlußfolgerung ergab, daß der Flottenausbau zur Sicherung der friedlichen Politik des Reiches unbedingt erforderlich sei. Staatssekretär Tirpitz gab vertrauliche Mittheilungen über unsere maritime Lage. Auf Vorschlag des Abg. Richter einigte sich die Kommission dahin, daß man sich heute auf Fragen aus dem Schoße der Kommission und auf Antworten der Regierungsvertreter beschränkte unter allgemeiner Anerkennung der Pflicht der Geheimhaltung. Die Fragen und Antworten bezogen sich auf verschiedene Ereignisse der letzten Jahre aus dem Gebiete der auswärtigen Politik und auf das Stärkeverhältniß der Flotten der größeren Seemächte. Morgen vormittag 10 Uhr Fortsetzung der Berathung.

Der „Reichsanzeiger" macht bekannt: Auf Briefsendungen zwischen Deutschland und den deutschen Schutzgebieten einerseits und Samoa andererseits finden fortan die für die deutschen Schutzgebiete geltenden Bestimmungen und Tagen Anwendung.

Der „Reichsanzeiger" macht ferner Aenderungen im Verkehr Deutschlands mit den deutschen Schutzgebieten, sowie im Verkehr der deutschen Schutzgebiete untereinander vom 1. April ab bekannt. Dieselben Bestimmungen gelten auch für den Verkehr Deutschlands mit den im Auslande befindlichen Kriegsschiffen.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die am 1. April in Kraft tretende Postordnung für das Deutsche Reich.

Ferner meldet der „Reichsanzeiger": Vom 1. April ab wird, wie im inländischen deutschen Postverkehr, auch im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn (einschließlich Bosnien, der Herzegowina und Lichtenstein) sowie mit den deutschen Schutzgebieten und den in fremden Gewässern befindlichen deutschen Kriegsschiffen die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm erhöht.

Berlin, 27. März. Heute nachmittag wurden der Zugführer Voß und seine Frau in ihrer Wohnung todt aufgefunden. Voß hat anscheinend zuerst seine Frau mit Beilhieben erschlagen und sich sodann die Kehle mit einem Rasirmesser durchschnitten.

Berlin, 27. März. Das Kaiserliche Gesundheitsamt theilt mit: Der Ausbruch und das Erlöschen der Maul- und Klauenseuche unter Rindern ist gemeldet vom Schlachtviehhofe zu Nürnberg am 27. März 1900. — Der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche unter Rindvieh ist gemeldet vom Schlacht-Viehhofe zu Mainz am 27. März 1900.

Berlin, 28. März. Das „Wiener Tageblatt" meldet: In wohlunterrichteten Kreisen verlautet bestimmt, die Regierung werde in nächster Zeit den Wiener Gemeinderath auflösen und Neuwahlen ausschreiben.

Berlin, 27. März. Die 49 Jahre alte Kaufmannswittwe Helene N. wurde gestern vormittag in ihrer Wohnung in der Melonchthonstraße todt aufgefunden. Einem Briefe zufolge hat sie ihrem Leben vermuthlich durch Vergiftung mit Kohlendunst ein Ende gemacht. — An der Herkulesbrücke wurde die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes im Landwehrkanal gelandet. — Vor dem Hause Gartenstraße Nr. 49 wurde ein Kutscher bei einem Zusammenstoße seines Wagens mit einem Straßenbahnwagen auf den Damm geschleudert, durch den Straßenbahnwagen überfahren und innerlich so schwer verletzt, daß er bereits bei der Ueberführung in das Lazarauskrankenhaus starb.

Breslau, 27. März. Auf eine dem Kaiser von dem Oberpräsidenten erstattete Meldung über die Eröffnung der hiesigen Marineausstellung ging dem Herzog zu Trachenberg folgendes Telegramm zu:

„Se. Majestät der Kaiser und König haben Ew. Durchlaucht Meldung von der Eröffnung der unter dem Protektorat Ihrer Königl. Hoheit der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen stehenden Marineausstellung huldvollst entgegenzunehmen geruht und Allerhöchst Sich über das Interesse, welches die Breslauer Bürgerschaft dem patriotischen Unternehmen zuwendet, sehr gefreut. Se. Majestät lassen der Ausstellung guten Fortgang wünschen und Ew. Durchlaucht bestens danken. Auf Allerhöchsten Befehl: v. Lucanus, Geh. Kabinetsrath."

Darmstadt, 27. März. Die zweite Kammer ist heute zu einer kurzen Tagung zusammengetreten. Die bisherigen Präsidenten Geh. Rath Haas-Offenbach und Rechtsanwalt Dr. Schmidt-Mainz wurden wiedergewählt.

Leipzig, 27. März. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Schriftstellers Siegmar Mehring, welcher am 3. Januar vom Landgericht Berlin wegen Beschimpfung der katholischen Kirche, begangen im September v. J. durch Veröffentlichung des Gedichtes „Die selige That von Rennes" im „Ulk", zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt war. Dabei wurde ausgesprochen, der Jesuitenorden sei zwar zu Unrecht von der Vorinstanz als Einrichtung der katholischen Kirche angesehen worden, doch habe dieser Rechtsirrthum auf den Bestand des Urtheils keinen Einfluß.

Zwickau, 27. März. Auf dem Kohlenschacht „Frisch auf" wurden, wie das „Tagebl." meldet, durch eine Dynamitexplosion fünf Bergarbeiter schwer, sieben leicht verletzt.

Bilsen, 27. März. Heute sind zwei Compagnien Militär von Nürschau abberufen worden, da die Verhältnisse dort wieder normal sind. Auf den Schächten der Westböhmischen Bergbau-Aktiengesellschaft bei Littitz und Mantau sind vorsichtshalber zwei Compagnien belassen worden; auch diese dürften aber in den nächsten Tagen zurückgezogen werden.

Paris, 27. März. In dem heute im Elysée abgehaltenen Ministerrath wurde die offizielle Eröffnung der Weltausstellung auf den 14. April festgesetzt.

London, 27. März. Wie das „Reuter'sche Bureau" erfährt, beabsichtigt der Prinz von Wales nicht zur Eröffnung der Weltausstellung nach Paris zu gehen.

Rom, 27. März. [Deputirtenkammer.] Das Haus nimmt nach Berathung einiger untergeordneter Gegenstände die Erörterung des Antrags Cambray-Digny wieder auf. Der Präsident bemerkt, ehe er dem Abg. Venturi das Wort ertheile, wolle er eine Erklärung abgeben. Darauf bespricht der Präsident den von Pantano am Sonnabend hervorgerufenen Zwischenfall und legt auf Grund der Geschäftsordnung dar, daß sein (des Präsidenten) Verhalten vollkommen rechtmäßig und das Verhalten der äußersten Linken rechtswidrig gewesen sei. „Ich weiß," sagt der Präsident noch, ehe er Venturi das Wort ertheilt, „daß der Abgeordnete Pantano heute wie Sonnabend die Absicht hat zu sprechen. Ich habe nach der Geschäftsordnung nicht die Macht, ihn zum Schweigen zu bringen, noch auch ihn aus dem Hause zu weisen. Offenbar haben die Urheber der Geschäftsordnung sich nicht vorgestellt, daß ein derartiger Skandal vorkommen könne. (Lebhafter Beifall; Widerspruch auf der äußersten Linken.) Es ist das erste mal bei uns, daß ein Deputirter sich gegen die Autorität des Präsidenten und gegen die Entscheidung des Hauses auflehnt. (Zwischenruf.) Ich würde daher die Sitzung aufheben müssen und die Verantwortung dafür dem Abg. Pantano zu überlassen haben." (Lebhafter Beifall; Unruhe; Widerspruch auf der äußersten Linken.) Pantano protestirt gegen die Worte des Präsidenten und erklärt, es sei dies das erste mal, daß im italienischen Parlament der Präsident die Rechte der Minderheit verletze, anstatt dieselben zu schützen. (Beifall auf der äußersten Linken; Lärm.) Redner fügt, zugleich im Namen seiner politischen Freunde, hinzu, daß sie sich einer derartigen Vergewaltigung mit allen Mitteln widersetzen würden. (Beifall auf der äußersten Linken; großer Lärm im Centrum und auf der Rechten.) Der Präsident ertheilt sodann Venturi das Wort; Pantano setzt jedoch seine am Sonnabend unterbrochene Rede fort, worauf der Präsident die Sitzung aufhebt. (Großer Lärm und Widerspruch auf der äußersten Linken.)

Peking, 27. März. [Reuter-Meldung.] Die Bewegung unter den Anhängern des „Boxers" benannten Geheimbundes im Norden nimmt einen beunruhigenden Umfang an. Nach hier eingegangenen Nachrichten hat zwischen den „Boxers" und den kaiserlichen Truppen bei Yen-Chiu in der Provinz Tschili ein ernstes Gefecht stattgefunden. Beide Theile waren ungefähr 1500 Mann stark. Die Verluste sollen schwer gewesen sein, der Kampf blieb unentschieden.

Yokohama, 27. März. [Reuter-Meldung.] In Chemulpo, der Hafenstadt von Söul, ist ein russisches Geschwader eingetroffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000328011/fragment/page=0003

Der südafrikanische Krieg.

London, 27. März. Aus Bloemfontein wird berichtet: Die telegraphische Verbindung mit Kimberley wie Springfontein ist von fliegenden Burencorps abgeschnitten. French ging vor der Uebermacht des Kommandos Olliviers von Thabanchu auf Bloemfontein zurück. Das Abschneiden von dem Oranjefluß herankommenden Kommandos ist aussichtslos, weil angesichts der allerseits erscheinenden Burencorps die Konzentrirung des Gesammtheeres in Bloemfontein nothwendig und die Sicherung der Verbindung mit der bedrohten Bahnlinie Kimberley-Oranjestation vor allem unerläßlich ist.

Mafeking, 26. März. [„Reuter-Meldung."] Heute früh rückte eine sehr kleine englische Truppe, nachdem sie die Vorposten der Buren geschlagen hatte, in Ladybrand ein. Darauf griff eine beträchtliche Streitmacht der Buren die Engländer an, die sich in guter Ordnung zurückzogen, nachdem sie den Landdrost gefangen genommen hatten. Die Verluste der Engländer werden auf 3 Verwundete, die der Buren auf 8 Verwundete geschätzt. (Aha!) Wie es scheint, ist es die Absicht der Buren, die englischen Truppen anzuhalten, während sich Wagenzüge der Buren auf Senekal zu bewegen.

London, 27. März. Die „Times" meldet in ihrer zweiten Ausgabe aus Bloemfontein vom 26. März: Infolge einer gestern in der Richtung nach Brandfort von Kavallerie ausgeführten Rekognoscirung wurden die Buren aus ihrer Stellung vertrieben. Die Verluste auf britischer Seite sind gering.

Demselben Blatte wird aus Lourenço Marquez vom 24. März gemeldet: Die auf den Bergwerken in Johannesburg beschäftigten Eingeborenen werden dazu benutzt, um Verschanzungen auf den Johannesburg umgebenden Hügeln aufzuwerfen. Die Crown Reef-Bergwerke sind infolgedessen geschlossen worden, und man erwartet, daß man in anderen Bergwerken das Gleiche thun wird.!

Prätoria, 23. März. [Reuter-Meldung.] General Joubert ist aus Kroonstad wieder hier eingetroffen; er hofft in Kürze nach Natal zurückzukehren.

Simonstown, 27. März. [Reuter-Meldung.] Die Krankheitsfälle unter den an Bord von Transportschiffen hier gefangen gehaltenen Buren mehren sich. Drei sind heute gestorben, zwei wurden heute beerdigt; dabei wurde ihnen die Flagge von Transvaal auf den Sarg gelegt. Von den kranken Buren leiden etwa 100 an Typhus. Die Krankheitsfälle erregen in der hiesigen Bevölkerung große Unruhe.

London, 27. März. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Lourenço Marquez vom heutigen Tage gemeldet: Der frühe Nationalist Michael Davitt ist hier an Bord der „Gironde eingetroffen. Auf dem Schiffe befanden sich neunzig andere Passagiere, von denen sich die meisten nach Transvaal begeben wollen.

London, 27. März. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Pearl vom 26. März gemeldet: Eine vom Afrikander Bond veranstaltete Versammlung wurde hier zu Gunsten einer versöhnlichen Politik abgehalten. In dieser Versammlung erklärte Hargrove, die Buren würden sich niemals mit der britischen Oberherrschaft zufrieden geben; er stellte weiter einen neuen Krieg in sechs Jahren in Aussicht, wenn den beiden südafrikanischen Republiken, welche Gerechtigkeit und keine Großmuth verlangen, nicht die unbeschränkte Unabhängigkeit wieder eingeräumt werde. Marais, Mitglied der Gesetzgebenden Versammlung der Kapkolonie, sagte, der jetzige Krieg sei die Fortsetzung des Zuges von Jameson und Rhodes, die gesetzliche Art und Weise („constitutional manner"), in welcher Rhodes, wie er sich selbst ausdrückte, zu seinem Ziele gelangen wollte. Schließlich wurden von der Versammlung mit überwiegender Majorität Beschlüsse angenommen, in welchen erklärt wird, daß jede Regelung des jetzigen Konflikts, bei welcher nicht die Unabhängigkeit der südafrikanischen Republiken gewährt werde, sich als eine Schädigung der wichtigsten Interessen des britischen Reiches erweisen würde.

Verantwortlich: Für Politik und Vermischtes: vacat; für das Feuilleton: Dr. Franz Kweft; für Provinzialnachrichten und Lokales: Wilhelm Meyer; für Handel und Verkehr: Hermann Bach; für den Anzeigentheil: Walther König; sämmtlich in Halle S. — Druck und Verlag von Otto Hendel in Halle S.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Vom Getreidemarkt. Berlin, 27. März. Die heutigen Preise stellten sich: Alles in Mark für 1000 kg frei Berlin netto Kasse: Weizen, inländischer, feine Qualität 147—150 M., mittlere Qualität 144—146 M., geringe Qualität 130—140 M., lieferbar prompt ab Bahn oder Kahn. Lieferungsqualität 755 g pro Liter wiegend, auf Abnahme im Mai 149,75—149,50 bis 149,75 M., Juli 154—153,75 M., September 156,50 M. — Roggen, inländischer, prompt ab Bahn 137—141 M., ex Kahn 137 bis 141 M. Lieferungsqualität 712 g pro Liter wiegend, auf Abnahme im Mai 144,25—144,50—144,25 M., Juli 143,25—143,50 bis 143,25 M., September 142—142,25—142 M. — Hafer, inländischer, feine Qualität 136—147 M., mittlere bis gute Qualität 129—135 M., geringe Qualität 124—128 M., auf Abnahme im Mai 128 M., Juli 129,25 M. — Gerste, inländische, Futterwaare 125—135 M., russische, Futterwaare 125—133 M. — Mais, amerikanischer Mixed loko 107,50—108 M., auf Abnahme im Mai 104—104,25 M., im Juli 103,75—104 M. — Mehl, Roggenmehl Nr. 0 und 1 auf Abnahme im Mai 18 70 M., Juli 18,60 M. — Rüböl, Lieferung im Mai 56,1—56,3 M., Oktober 56,3—56,5 M. — Spiritus 70er loko ohne Fass 48,8 M. — Kartoffelstärke und -Mehl Märzlieferung 19,60 M., feuchte Stärke 10,60 M.

— Die Braunschweigische Maschinenbauanstalt beschloss, das Aktienkapital um 720,000 M. zu erhöhen, um den Betrieb zu erweitern.

— Die Verwaltung der Westfälischen Drahtindustrie in Hamm stellt für das laufende Betriebsjahr eine höhere Dividende als 1898/99 (11 Proz.) in Aussicht.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

New York, 27. März. [Telegr.] Rother Winterweizen 79. März 76⅞/₈, Mai 72⅞/₈, Juli 72⅞/₈, September 72⅞/₈. Mais März —, Mai 43⅞/₈, Juli 43⅞/₈. Mehl 2,75. Getreidefracht 3⅞/₈.

Chicago, 27. März. [Telegr.] Weizen Mai 65⅞/₈, Juli 66⅞/₈, Mais Mai 38⅞/₈.

* Hull, 27. März. Weizen ruhig aber stetig.
* Liverpool, 27. März Weizen und Mehl ruhig.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

New York, 27. März. [Telegr.] Schmalz Western steam 6,57, do. Rohe und Brothers 6,75.

* Leipzig, 27. März. Raps per 1000 kg —,— M. bez. u. Br., Rapskuchen per 100 kg netto — bis — M. bez. u. Br., Rüböl, rohes per 100 kg, netto ohne Fass, flüssiges 56,00 M. nom., gefrorenes — M., Br. Geschäftslos.

* Hamburg, 27. März. Rüböl (unverzollt) fest, loco 56,00.
* Bremen, 27. März. Schmalz fest. Wilcox in Tube 34,25 Pfg. Armour shield in Tubs 34,25 Pfg., andere Marken in Doppel-Eimern 35,00—35,25 Pfg. Speck fest. Short clear midding loco 34 Pfg.
* Köln, 27. März. Rüböl loco 59,50, per Mai 58,50.
* Paris, 27. März. (Schlussbericht.) Rüböl ruhig, März 63,75, April 64,25, Mai-Aug. 64,75, Sept.-Dez. 62,50.
* Antwerpen, 27. März. Schmalz per März 77½.

Central-Stelle der Preuss. Landwirthschaftskammern.

27. März. (Notirungsstelle.)

a. Für inländ. Getreide ist in Mark für die Tonne gezahlt worden.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Magdeburg	139—144	139—143	140—168	132—142
Altmark	138—145	136—140	135—142	125—142
Mecklenburg östlich	140—147	138—147	140—152	130—145
do westl. der Mulde	137—147	140—150	140—160	130—142
Erfurt	135—157½	135—155	140—169	128—146
Danzig	143—153	133—135	123—125	114—125
Posen	132—145	124—131	113—128	116—122
Breslau	130—147	131—137	123—143	117—124

b. Weltmarkt

auf Grund heutiger eigener Depeschen, in Mark die Tonne einschl. Fracht, Zoll und Spesen, aber ausschl. der Qualitäts-Unterschiede

			am 27.3.	am 26.3.
Von New York nach Berlin	Weizen	75⅞ Cts.	174.50 M.	175.00 M.
» Chicago » »	Weizen	65 Cts.	167.25 »	163.50 »
» Liverpool » »	Weizen	5sh. 9½ d.	172.75 »	172.25 »
» Odessa » »	Weizen	87 Kop.	166.75 »	168.00 »
» Riga » »	Roggen	73 Kop.	148.25 »	149.50 »
» Riga » »	Weizen	88 Kop.	166.00 »	166.00 »
» Riga » »	Roggen	76 Kop.	150.00 »	150.00 »
In Paris	Weizen	20,15 Frcs	166.00 »	164.75 »

Petroleum.

* Hamburg, 27. März. Petroleum ruhig, Standard white loco 7,90 Br.
* Bremen, 27 März. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum. Loco 8,0 Br.
* Antwerpen, 27. März. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 22,25 bez. u. Br., per März 22,25 Br., per April 22,25 Br., per Mai 22,50 Br. Ruhig.
* New York, 27. März. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 9,90, do. in Philadelphia 9,85, do. Refined (in Cases) 11,10 do. Credit Balances at Oil City 165.00.

Wasserstände (+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.						
						Fall Wuchs
Artern, Brückenpegel	26. März	+ 1,02	27. März	+ 0,92	10	—
Weissenfels, Oberpegel	»	+ 2,68	»	+ 2,61	6	—
do Unterpegel	»	+ 1,30	»	+ 1,20	10	—
Trotha	27. »	—	28. »	—	—	—
Alsleben, Oberpegel	26. »	+ 2,77	27. »	+ 2,75	2	—
do. Unterpegel	»	+ 3,18	»	+ 3,06	12	—
Bernburg	»	+ 2,68	»	+ 2,60	8	—
Kalbe, Oberpegel	»	+ 2,08	»	+ 2,04	4	—
do Unterpegel	»	+ 2,58	»	+ 2,48	10	—

Moldau. Iser. Eger. Elbe.						
	März	Fall	Wuchs		März	Fall Wuchs
Budweis	26	+ 0,32	4	—	Torgau	27. + 3,70 8 —
Prag	»	+ 1,50	—	—	Wittenberg	» + 3,97 51 —
Jungbunzlau	»	+ 0,59	31	—	Rosslau	» + 3,86 3 —
Laun	»	+ 1,00	6	—	Barby	» + 4,11 5 —
Pardubitz	»	+ 1,63	31	—	Magdeburg	» + 3,56 2 —
Brandeis	»	+ 2,44	—	5	Tangermünde	» + 4,26 — —
Melnik	»	+ 2,06	—	6	Wittenberge	» + 3,91 — 10
Leitmeritz	»	+ 1,74	5	—	Dömitz Peg.	26. + 3,28 — 6
Aussig	27.	+ 2,58	2	—	Lauenburg	27. + 3,38 — —
Dresden	»	+ 1,23	7	—		

Aussig, 27. März. Von den oberen Plätzen werden 63 cm Fall gemeldet. Heutige Fahrtiefe — Zoll österr. Mass. Fracht nach Magdeburg das Doppel-Hektoliter — Pfg. mit Staffel bezahlt.

Berliner Börse

vom 27. März.

(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 5½, Lomb. 6½. Amsterdam 3½. Brüssel 3½. Petersburg 8. Wien 5. London 4. Paris 3½.

Deutsche Fonds-u. Staatspap.

Barmer Stadtanleihe	3½	92,60
Berliner Stadt-Obl.	3½	96,60
do. do. 1892	3½	94,50
Magdeburger St.-Anl.	3½	93,60
do. do. neue	4	—
Westpr. Prov.-Anl.	3½	92,50
Bad. Staats-Eis.-Anl.	3½	—
Bayrische Anleihe	3½	93,90
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	129,75
Köln-Mind. Pr.-Anlh.	3½	134,30
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	133,10
Meininger 7 fl.-Loose	—	24,60
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	127,10

Ausländische Fonds.

Argent. Gold-Anl.	5	84,90
do. innere do.	4½	71,80
Barletta 100 Lire-Loose	—	22,75
Buenos. Stadt-Anl. 1884	4½	91,25
do. do. 1888	4½	83,75
Chilen. Gold-Anl. 1889	5	100,30
Egyptische priv. Anl.	3½	—
do. do. do.	—	24,70
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	40,50
Griech. Anl. 1881—84	—	35,25
do. kons. Goldrente	—	47,50
do. Monopol-Anl.	—	43,10
do. Gd.-Anl. v. 1890	—	12,30
Mailand. 10 Lire-Loose	—	100,30
Mexikaner Anl. à 100	5	100,00
do. do. à 20	—	—
Norweg. Staats-Anl. 88	4	—
Oesterr. 1860er Loose	—	136,75
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	—
Russ Gold-R. 1884, 87	5	—
do. Orient-Anl. II.	4	100,00
do. do. III.	4	—
do. Nicolai-Oblig.	4	—
do. Boden-Kredit	5	—
do. 3⁸/₁₀% do. gar.	3,8	95,00
Russ. Prän.-Anl. 1864	5	295,75
do. do. 1866	5	266,75
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	93,75
do. do. 1890	3½	94,50
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	96,80
Türkische Anleihe D.	4	23,00
do. Admist.	5	97,50
do. 400 Frcs-Loose	—	121,20
Ungarische Gold I.-A.	4½	101,25
do. Kr.-R.	4	92,60
do. Staats-R. 97	3½	82,60

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	12½	257,00
Admiralsgarten-Bad	4	84,75
Annaburger Steingut	4	126,90
Archimedes	18	273,00
Bauges. Berl. Chrl.-Liq.	—	183,00
do. Wilm. T.-G.-Liq.	—	100,00
Braunschweiger Jute	15	190,75
Berl.-Auh. Maschinen	15	238,30
Berliner Bockbrauerei	10	187,50
do. Brauerei Königst.	4½	113,25
do. Union Gravenh.	4	120,50
Brsl. Eisenb. W., Linke	16	284,25
Breslauer Oelwerke	1	93,00
Cement-Bau-Ges. Berl.	0	123,50
Charlotth. Wasserwerk	11	122,50
Chem. Fabr. Seidenberg	8½	247,50
Chemn. Masch. Zimm.	14	211,90
Dessauer Gas	13½	213,60
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	26	318,00
Dtsche Jutespinnerei	12	149,00
Elberfeld. Farbenfabr	18	—
Erdmannsdorf. Spinn	2	78,00
Freund Masch. konv	21	4.4,50
Görlitzer Eisenbhbd.	18	272,50
Hagener Gussstahl	6½	145,50
Hansa, Dampfschiff.	14	161,00
Hannoversche Gummi	12	247,25
Harkort St.-Pr. konv.	5	125,10
do. Brückenb. konv.	7	128,90
do. do. St.-Pr.	8	—
Hirschberger Masch.	6	124,00
Keyling & Th. Eisenbg.	7½	146,50
Köln-Müsener Bgw.	1½	73,00
do. conv.	3	118,20
Kurfürstend. Ges. t. Liq.	—	622,00
La Veloce, Ital. D.	0	69,50
Ludw. Löwe & Co.	24	384,50
Mälzerei Wrede	7	166,50
Magdeburger Baubank	3	114,00
Magdeb. Strassenbahn.	9	175,00
Maschin. Breuer	6½	149,30
Neuroder Kunstanstalt	8½	136,70
Nordd. Eiswerke	7	79,00
Nordhäuser Gesellschaft	10	237,50
Oppeln Portl.-Cem.	11	163,00
Orenstein & Koppel	22	237,25
Passage	4	85,40
Pferdebahn, Breslauer	12	307,00
Sangerhäuser Masch.	22½	—
Schäffer u. Walcker	3	83,6
Schlesische Cement	17½	212,6
Schwartzkopff	14	246,0
Siemens, Glas-Industr	15	242,2
Siemens & Halske	10	176,5
Stettiner Cham. Didier	30	385,0
Sudenburg. Maschin.	—	130,0
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	15	229,7
Vereinsbrauerei Artern	6½	—
Westf. Draht-Industrie	11	218,0
do. Union konv.	16	—
do. 6% St.-Pr.	—	—
Wittener Guss	18	281,5
Wilhelmshütte conv.	12	146,0
Zuckerfabr. Fraustad	9	143,2

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig

Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	—
do. v. 1890	3½	—
Ostpreuss. Südbahn	4	—

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	4	—
Dortmund-Gronau . E.	4	183,90
Marienb.-Mlawkaw	5	—
Ostpreuss. Südbahn	5	—

Eisenb.-Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. v. St. gar	3	57,80
do. Mittelmeerb. stfr.	4	93,60
Lemberg-Czernowitz	4	—
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	88,20
do. Ergänzungn.	3	86,80
do. Gold-Pr.	6	98,30
Oesterr. Lokalbahn	4	99,80
do. Nordwestbahn	5	106,90
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	70,85
do. Obligationen	5	101,40
Ung. Nordosth. Gold-O.	4½	100,80
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	—
Iwangorod-Dombr. gar.	4½	100,50
Kosl.-Woronesch Obl.	4	97,10
K.-Chark.-As., Obl., 89	4	98,25
Kursk-Kiew	4	97,60
Mosco-Kiew-Woron	4	97,20
Mosco-Kursk	4	—
Mosco-Rjäsan	4	98,00
Mosco-Smolensk	5	97,30
Orel-Grüsi 1889	4	—
Rjäsan-Koslow	4	97,75
Rjäsan-Uralsk gar ukd.		
(b. 1909	4	—
Rjaschk-Morczansk	5	97,30
Rybinsk-Bologoye	4	97,20
Russ. Südwestbahn	4	—
Transkaukasische	3	82,90
Warschau-Wiener 10er	4	—
do. IX. Ser.	4	—
Wladikawkas Oblig.	4	—
do. unkdb. b. 1906	4	97,20
Manitoba rz. 1933	4½	—
Northern-Pac. I. b. 1921	6	—
do. Pref.	4	134,45
do. Gen. Lien.	3	66,70
S. Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	—
do. do. do.	6	108,00
Central-Pacific	5	98,70
Anatol. I. 2040 M.	5	99,40
do. II. 2040 M.	5	101,00
Macedonische G.-O.	3	57,90
Portug. Eisenb. O. 1886	3	63,80
do. 1889	4½	—

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	5	133,75
Buschtiehrader B.	13	—
Halberst.-Blankenb.	6	—
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	—

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Aussig-Teplitz	15	—
Böhmische Nordbahn	7½	—
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	5	—
Graz-Köflach	6½	—
Kaschau-Oderberg	4	—
Kronpr. Rud. St. Sch.	4	95,10
Lemberg-Czernowitz	6½	—
Oesterr. Nordwestb.	5	—
do. B. Elbethalb.	5½	—
Südösterreich (Lomb.)	3/5	28,30
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	—
Ivangor-Dombrowo	5	—
Kursk-Kiew	9⅞	—
Warschau-Terespol	5	—
Warschau-Wien	19⅞	—

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe u. Rentenbriefe.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	98,8
D. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3½	99,30
do. V. rz. 100	3½	92,50
do. VI. unkb. b. 1900	4	99,10
do. VII. unkb. b. 1903	4	99,50
Deutsch. Grundsch. Obl.	4	99,40
do. do. V. VI.	4	100,0
Deuts. Hp.-B.-Pfd. VII	4	99,50
do. I. u. Ia. conv.	4	99,50
Hamb. Hypothek.-Pfd.		
S. 251-310 unk. 1905	4	100,0
do. unk. bis 1900	4	99,50
do. S. 301-330, unk. 1908	3½	94,25
do. S. 46-190, uk. 1905	3½	92,50
do. alte u. conv.	3½	92,50
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1903	3½	97,30
do. do. II.	3½	94,30
Meininger. Hyp.-Pfdb.	3½	92,90
do. II. unkdb. bis 1900	4	99,50
do.	3½	92,90
do. Präm.-Pfdbr.	4	—
Nordd. Gr.-Cred.-Pfdb.	4	99,00
do. IV. V. ukb. b 1903	3½	92,90
Ostpreussische	4	99,50
Pom. II. V., VI. 1900 uk.	4	100,30
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	100,25
Posensche	4	100,25
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	113,75
do. III., V. u. VI. rz. 100	4	107,80
do. XIII. rz. 100	4	99,20
do. XIV. ukb. 1905	4	99,30
do. XV. ukb. 1940	3½	92,40
Pr. Centrb.-Pfdbr. 1900	4	99,60
do. do. 1900	3½	91,80
Pr. Hp.-A.-B. VII-XII	4	99,50
do. do. XV-XVIII	4	99,40
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 1907	3½	92,50
do. XVIII ukdb. 1908	4	100,25
do. XIX ukdb. 1909	3½	95,25
do. Kleinb.-Obl. b. 1904	4	100,20
do. „ „ b. 1908	4	99,50
do. Comm.-Obl. b. 1907	3½	93,50
Rh.-W. Bder, I. II. V.		
ukb. b. 1905.	4	98,90
„ II. u. IV., b. 1901	3½	91,80
„ VI., ukdb. 1908	3½	91,80
„ VII., unkdb. 1908	4	—
Sächsische	4	—
do.	3½	94,75
do.	3	84,80
do.	3½	94,90
Westpr. ritt. I. I. B	4	100,00
Pommersche	4	101,00
Posensche	4	101,00
Preussische	4	100,90
Sächsische	4	101,00
Schlesische	4	101,10

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	2	122,50
Arenberg Bergwerk	75	1265,30
Baroper Walzwerk	0	233,50
Berzelius	7	133,75
Bismarckhütte	19	310,00
Concordia-Bergwerk	19	340,00
Consolidat. Bergw.-G.	22	998,50
Consol. Marie	—	81,50
Deutsch Luxemburg	9	153,75
Gelsenkirch. Gusstahl	14	229,50
Harzer Eisenw. konv.	0	—
do. Lit. A. B	25	212,00
Inowrazl., Steinsalzb.	5½	79,10
Kattowitzer	12	271,00
Königin-Marienhütte	5	108,20
Leopoldsgr. Edderitz	5½	102,50
Luise Tiefbau konv.	0	193,75
do. do. St.-Pr.	4	171,50
Magdeburg.-Bergwerk	35	475,50
Marienhütte Kotzenau	5	120,30
Mend. & Schwert. St.-Pr.	6	181,80
Niederl. Kohlen	7	127,50
Rhein. Stahlw. Lit. C	13	233,75
Schlesisch. Zinkhütten	18	365,5
Stadtberger Hütte	11	234,50
Wurm-Revier	7½	153,75

Oblig. v. Industr. u. Bergw.-Ges

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	98,25
Aschersleb. Kaliwerke	4	99,75
Bochumer Gusstahl	4	—
Dessauer Gas	4	106,10
Dortmunder Union	5	119,25
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II	3½	95,10
Hamb.-Packetfahrt	4	—
Laurahütte	3½	91,60
Naphta Obligationen	4½	97,75
Norddeutscher Lloyd	4	—
Oberschl. Eisen-Ind.	4	97,40
v. Tiele-Winkler	4	—
Zoologischer Garten	4	—

Bank-Aktien.

Bank d. Berl. Kassenv.	8½	157,30
Berg-Märk. B. i. Elbf	8	156,75
Börse n-Handelsverein	5	—
Cob. Goth. Kredit-Ges.	5	94,75
Cöln W. u. Komm.	7	105,30
Danziger Privatbank	7	130,25
Deutsche Grundschuld	7	125,10
do. Eff.-kt. B. (Hahn)	7	128,70
do. Hypoth.-B. (Berl.)	5½	118,25
Dresdener Bankverein	7	143,30
Essener Kredit	7½	138,80
Gothaer Privatbank	7	123,50
do. Grundkreditb.	4	—
do. do. junge	4	153,50
Hamburg. Hypoth.-B.	6	114,00
Königsberg. Vereinsb.	10	172,75
Leipziger Bank	8	137,60
Lübecker Kommerzb.	8	111,25
Magdeburger Privatb.	6½	94,75
Nordd. Grund-Kredit.	5	130,75
Pr. Hyp.-B. (Spieth.)	6½	117,90
Preuss. Pfandbr.-Bk.	6	—
Realkredit-Bank	—	15,50
Rheinische Bank	9	127,75

Leipziger Börse, 27. März.

Zt.		M.	Zt.		M.
3	Sächs. Rent.-Anl.	85,106	4	Mansf. Gew. 1882	99.90
3	do.	85,106	4	do. 1879	99.90
3	do.	85,106	4	do. Em. 1873	99.90
		Thlr.	3½	Stadtobl. 1884 konv.	95,25
3½	Staatsanl. 1855.	100	91,75	3½ do. 1876 konv.	95,25
3½	do. 67 kv. 4%	500	95,60	3½ Alb. Landobilg.	1000 96,50
3½	Landrentenbr.	500	95,00	3½ do. do.	500 96,75

Div.	Eisenb.-Stamm-Akt.		
15	Aussig-Tepl. 500 fl.	314,50	—
7⅞	Böhm. Nordbahn	151,00	—
14½	Buschtiehrad. Lit. A.	315,00	B
13	do. do. B.	302,00	—
10	Galiz. K.-Ludw.-B.	—	—
6½	Graz-Köflach	134,00	B
2½	Marienburg-Mlawka	83,00	—

Div.	Eisenb.-St.-P.-Akt.		
6	Dux-Bodenb. Lit. A.	—	—
6	do. do. B.	—	—
5	Marienburg-Mlawka	—	—

Div.	Bank- u. Kredit-Akt.		
10	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	195,75	B
9	Dresdener Bank	160,00	B
7	Gothaer Privatb.	129,00	B
10	Leipziger Bank	172,63	B
8	do. Hypoth.-B.	135,75	B
7	do. Kred.- u. Sparb.	120,00	B
6⅔	Sächs. Bank	130,25	B
7	Zwickauer	116,50	B

Div.	Industrie-Papiere.		
12	Chemn. Werkz. (Zim.)	212,00	B
18	Cröllw. Papierfabr.	—	—
4	49/0 do. Schildwsch.	99,00	G
0	Dörstewitz-Rattm.	73,50	G
8	D. W. M. (Sondermn. & Stier) Vorz.-A.	146,25	B
24	Gerner Jutesp. u. W.	261,00	G
12	Germania (Schwalbe)	157,50	G
27	Gersd. Stkb.-V., St.-A.	660,00	B
61½	do. do. Pr.-A.	1190	B
57	do. do. do. II	1100	B
0	Hallesche Str.-B.	—	—
5½	Kette Elbsch.-G.-Akt.	92,00	B
8	Körbisd. Zuckerfb.	128,50	G
5½	Leipz. Baubank	104,00	G

Div.			
5½	Leipz. Elektr.-Werke	116,00	G
4	do. elektr. Strassb	119,50	B
6	do. Gr. elektr. Strassb	184,00	G
10	do. Bierbr. Reudn.	—	—
6	v. Riebeck & Co.	207,50	G
8	Lpz. Kammgarnsp.	179,00	B
12	do. Malzf. Schkeud.	174,00	G
10	do. Wollkämmerei	140,50	G
15 M	Mansfelder Kupe	1315	G
11	Portl.-Cement Halle	189,50	B
2	Sächs. Kammg.	88,25	B
7	Sächs. M.-F (Hartm.)	169,00	G
9	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	254,50	B
15	Thür. Gasges. Dpz.	245,00	B
8	do. Stamm-Pr	247,00	G
8	S.-Thür. Br.-V. St.	150,00	G
8	do. St.-Prior.	151,00	G
6	Zeitzer Par. u. S.-A.	145,75	G
	do. do. Oblig.	98,50	G
6	Zuckerfabr. Glauzig	129,00	G
4⅔	Zuckerraff. Halle	119,00	B

%	Ausl. Eisenb.-Pr.-Obl.		
3½	Aussig-Teplitzer	91,40	G
4	Böhm. Nordbahn		
5	do. do. Gold	98,25	B
4	Buschtiehr. 1886 (stfr.)	95,25	G
4	do. do.	96,25	G
4	do. Em. 1868/71/72	133,00	G
4½	do. Gold	—	—
5	Dux-Bodenbach		
5	do. Em. 1871	105,50	G
5	do. do. 1874	177,75	G
4½	Graz-Köflacher	68,00	G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	102,00	G
6	Kaschau-Oderberg	—	—
4	Prag-Dux Gold	—	—
5	do. do. Gold	—	—
5	Prag-Turnau	—	—

(Mit Unterhaltungsblatt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000